

Helmut Wagner

Die Ukraine-Krise als Testfall für Deutschland

Bezpieczeństwo : teoria i praktyka : czasopismo Krakowskiej Szkoły Wyższej im. Andrzeja Frycza Modrzewskiego 8/4, 123-127

2014

Artykuł został opracowany do udostępnienia w internecie przez Muzeum Historii Polski w ramach prac podejmowanych na rzecz zapewnienia otwartego, powszechnego i trwałego dostępu do polskiego dorobku naukowego i kulturalnego. Artykuł jest umieszczony w kolekcji cyfrowej bazhum.muzhp.pl, gromadzącej zawartość polskich czasopism humanistycznych i społecznych.

Tekst jest udostępniony do wykorzystania w ramach dozwolonego użytku.



Helmut Wagner

Die Ukraine-Krise als Testfall für Deutschland

Was ist bloß mit den Deutschen los? Das fragen sich viele Europäer, nicht nur Polen, wenn sie auszugsweise mitbekommen, wie Deutsche auf die Ereignisse in der Ukraine reagieren. In der Tat, die Ukraine-Krise hat die Deutschen tief gespalten. Davon zeugen nicht nur die öffentlichen Diskussionen in den Medien, sondern auch zwei Texte, die hierzulande jüngst Furore gemacht haben.

In dem einen Manifest, überschrieben mit "Nie wieder Krieg in Europa! Nicht in unserem Namen", haben sich unter anderen ein ehemaliger deutscher Bundespräsident und ein früherer Bundeskanzler sowie einst hochgeschätzte politische Koryphäen, insgesamt 60 an der Zahl, zu Wort gemeldet. In ihrem Aufruf vom 5. Dezember 2014 heißt es: „In dem Moment größter Gefahr für den Kontinent trägt Deutschland besondere Verantwortung für die Bewahrung des Friedens... Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa.“ In dem zweiten Manifest, überschrieben mit "Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung", haben eine Woche später, am 13. Dezember, mehr als hundert deutsche Osteuropaexperten, wie sie sich genannt haben, ihr gegenteilige Meinung kundgetan. Ihrerseits haben sie versichert: „Es gibt in diesem Krieg einen eindeutigen Aggressor, und es gibt ein klar identifizierbares Opfer... Gerade wir Deutsche können nicht abermals die Augen verschließen, wenn es um die Souveränität einer postsowjetischen Republik, ja, um das Überleben des ukrainischen Staates geht.“

Beruhigend bzw. alarmierend, je nach dem, mag allerdings sein, wenn man zur Kenntnis nimmt, dass die Mehrheit der Deutschen, schätzungsweise 72% von ihnen, mit den von ihrer Regierung und insgesamt 28 EU-Mitgliedstaaten gemeinsam beschlossenen und durchgeführten Sanktionen gegen den "Aggressor" einverstanden sind. Diese werden, wie die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel versichert hat, nicht ausgesetzt werden, solange die derzeitige russische Regierung ihr militärische Interventions- und Annexionspolitik fortsetzt. Sie könnten und müssten ggfs. sogar noch verstärkt werden. – Diese Informationen zeigen jedenfalls, dass in diesem

Konflikt nicht alle Deutschen die Verhaltensweise des derzeitigen russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Ukraine gutheißen bzw. zu "verstehen" suchen. Aber es sind in der Tat nicht ganz wenige, welche die Schuld für den Konflikt bei anderen als dem russischen Präsidenten ausgemacht haben und diese ihre Sicht in bester Absicht verbreiten. Welches sind ihre Gründe?

Gründe der deutschen Putin-Versteher

Machen wir es uns nicht zu leicht, die Argumente der "Putin-Versteher", wie diejenigen, die Putin in Schutz nehmen, hierzulande nun einmal genannt werden, als ein großes Missverständnis abzutun. Nehmen wir sie stattdessen beim Wort und erklären wir zunächst einmal anhand von vier ihrer, meiner Ansicht nach, schlagkräftigsten Argumente ihre Besorgnis.

Es ist in der Tat eine alte deutsche Gewohnheit, in den Kategorien von Großmächten zu denken. Diese haben halt, das ist nun einmal ihre Natur, das Bestreben, sich auszudehnen, was sie selbst als Sicherung ihrer Existenz begreifen und rechtfertigen. Warum, zum Teufel, will man das Putin verargen? Zumal sein Ausgreifen uns Deutsche ja doch gar nicht betrifft und wir uns durch Sanktionen nur selbst schaden. – Die Frage ist nur, ob diese Großmachtpolitik, die über Kleinstaaten nach Belieben verfügte, heute noch zeitgemäß und erfolgreich ist; ob man sie, skandalös wie sie ist, auch heute noch rechtfertigen kann, ist höchst fraglich.

Andererseits wird auch mit dem nach wie vor in Deutschland aus verständlichen Gründen sehr schlagkräftigen Argument "Nie wieder Krieg!" dafür geworben, wie in dem ersten hier eingangs erwähnten Aufruf geschehen, es in der Ukraine-Frage nicht auf eine Konfrontation ankommen zu lassen. Wohin das führen kann, dass wüssten wir Deutschen doch nur allzu gut! – Vergessen wird dabei ganz und gar, dass einen Aggressor nichts mehr ermutigt, als wenn er erwarten kann und es auch tatsächlich erlebt, dass der Gegner zurückweicht, wenn er ernstmacht. Wer ihm in seinen Anfängen nicht widersteht, wird dafür später mit höheren Kosten und mehr Opfern bezahlen. Das ist doch, was die Geschichte lehrt: Wehret Aggressoren am Anfang! Es ist dies die einfachste und billigste Art und Weise, sich ihrer zu erwehren und den Ausbruch von Kriegen zu verhindern.

Was den Deutschen außerdem nun einmal im Blut steckt, ist, dass ihre Entspannungspolitik, sprich die "Ostpolitik" von Willy Brandt und Egon Bahr, insofern erfolgreich gewesen ist, als sie die deutsche Wiedervereinigung bewirkt hat. So begrenzt jedenfalls ist die Vorstellung vieler Deutscher, zumindest der heute noch lebenden Initiatoren und Profiteure der "Ostpolitik", eben das für sich in Anspruch zu nehmen. Ihr Motto war seinerzeit: Verhandeln auch mit den als ärgsten Feinden angesehenen seinerzeitigen Sowjetführern Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew, und zu Kompromissen jederzeit bereitsein. Warum nicht heute mit Putin das Gleiche tun? Die Putin-Versteher versprechen sich mehr davon, als von einer Konfrontation. – Sie vergessen dabei nur, dass der Phase der "Entspannungspolitik" von 1979 an diejenige der "Eindämmungspolitik", wie sie von George F. Kennan als "containment policy" entworfen und von Präsident Harry S. Truman und seinen Nachfolgern praktiziert worden ist, von 1946 an vorausgegangen war. Diese aber ist es doch gewesen,

welche die Voraussetzungen für den Erfolg der "Entspannungspolitik" geschaffen hatte, nämlich einerseits das Vordringen der Sowjetunion nach Westeuropa zu verhindern und andererseits die Enttotalisierung der Sowjetunion in Gang zu setzen.

Da ist jedoch noch ein viertes Argument, ihr stärkstes oder jedenfalls ihr wirkamstes, das die "Putin-Versteher" in die Waagschale zu werfen haben: Wir, die Deutschen, sollten uns nicht instrumentalisieren lassen, weder von der EU noch von der NATO! Diese Rechnung findet hierzulande am meisten Anklang. Sollen wir uns wirklich die finanziellen Lasten aufbürden, die ein Beitritt der Ukraine in die EU unweigerlich für uns zur Folge haben wird? Bitte nicht! Und der geplante Beitritt der Ukraine in die NATO kommt für uns, für Deutschland, schon gar nicht in Frage, weil wir uns dadurch Russland zum Feind machen. Das ist von uns nicht zu verlangen, das machen wir nicht mit!

Dies jedenfalls, die Ablehnung der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, hat der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier kürzlich erneut, nachdem sie schon einmal, auf dem Prager NATO-Gipfel im Jahre 2009, von deutscher Seite vereitelt worden war, öffentlich kundgetan. Das nun erinnert mich an das Versprechen des ehemaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher. Er hat seinerzeit, in einem schwachen Moment, um Michael Sergejewitsch Gorbatschow zu gefallen, diesem doch tatsächlich versprochen, wie es sich schwarz-auf-weiß nachweisen lässt, dass die NATO nicht weiter, über das wiedervereinigte Deutschland hinaus, nach Osten hin erweitert werden würde. Das ist weder von den USA noch von anderen NATO-Mitgliedern jemals unterschrieben worden, weshalb es denn auch nie rechtskräftig und verbindlich geworden ist. Das hindert aber einige deutsche Osteuropaexperten, wie Prof. August Pradetto und Dr. Reinhard Mutz, bis heute nicht daran, von einem angeblichen "Wortbruch" der NATO bzw. Deutschlands zu faseln.

Was nun lässt sich dieser Argumentation der "Putin-Versteher" entgegenhalten? Welche Sicht hinsichtlich der Ukraine wird von den Kritikern Putins vertreten?

Standpunkte der Putin-Kritiker

In meinen Augen lässt sich die Argumentation der deutschen "Putin-Kritiker", um es so kurz wie nur möglich zu sagen, in zwei ihrer Aussagen zusammenfassen. Unter den Kritikern Putins verstehe ich alle diejenigen, die nicht gewillt sind, seinem internationalen Schalten und Walten untätig zuzusehen, sondern bestrebt sind, ihm bei der Intervention und Annexion fremder Territorien in den Arm zu fallen, ihn zur Raison zu bringen und, wenn das nicht gelingt, im Endeffekt Voraussetzungen für seinen Abtritt von der politischen Bühne zu bewirken, was, nicht zuletzt, im Interesse Russlands liegt.

Das deutsche Interesse ist es, um damit zu beginnen, gewesen – und ist es noch –, durch die Integration Europas, dauerhaften Frieden unter seinen Staaten zu stiften und ihren wirtschaftlichen Wohlstand zu mehren. Es fällt schwer, der Ukraine, wenn sie das wünscht und die Voraussetzungen dafür erfüllt, die EU-Mitgliedschaft zu versagen, weil Russland dadurch angeblich bedroht würde. Diese ist für nichts und niemanden eine Bedrohung. Sie ist im Gegenteil, wenn dadurch, wie zu erwarten ist, ihr wirtschaftliches Wachstum befördert wird, für alle Nachbarn der Ukraine ein Segen. Auf den Gedanken, darin eine Bedrohung zu erblicken, kann nur jemand kommen,

der glaubt, einen Anspruch auf ihren Besitz zu haben. Das ist ja denn auch wohl der wahre Grund gewesen, weshalb Putin die Ukraine attackiert hat und noch attackieren lässt, nachdem klar geworden war, dass sie in seinen Machtbereich freiwillig nicht zurückkehren werde. Ist das wirklich so schwer einzusehen?

In der Sicht Putins ist doch verständlich, dass er die Ukraine unbedingt benötigt, wenn er, was er nie verheimlicht hat, wieder ein Großrussland schaffen und dieses, wie einst das Zarenreich und danach die Sowjetunion, in den Rang einer Weltmacht erheben möchte. Einem genialen Beobachter wie Egon Bahr ist das jedenfalls nicht verborgen geblieben. In einer kleinen Diskussionsrunde im öffentlichen Fernsehen hat er neulich gesagt: „Was für Deutschland einst das Ruhrgebiet war, ist heute für Putin die Ukraine.“ Gedacht hat er sich dabei wohl, wenn ich seinen Gedankengang eigenmächtig fortführe, dass er die Ukraine braucht, um Russland wieder groß zu machen. Sie wäre dann nach Tschetschenien und Georgien sein drittes, ganz gewiss aber nicht sein letztes Opfer, wenn man ihn weiter gewähren lässt.

Das zweite von den Putin-Kritikern unterstützte Vorhaben der Ukraine ist ihre NATO-Mitgliedschaft. Dagegen lässt sich im Grunde wenig einwenden. Die NATO hatte ursprünglich den Sinn gehabt, ihre Mitglieder vor der weiteren Expansion der Sowjetunion zu schützen. Dazu waren die westeuropäischen Staaten seinerzeit aus eigener Kraft außerstande. Sie benötigten den Rückhalt der USA und Kanadas, um glaubhaft abzuschrecken. Das hat sich auch heute, mehr als zwei Generationen später, nicht verändert. Die EU ist in ihrer derzeitigen Gestalt nach wie vor verteidigungsunfähig, wenn sie von außen bedroht wird. Das wußten die postsowjetischen Staaten Osteuropas nur allzu gut, weshalb sie in der NATO-Mitgliedschaft den sichersten Schutz ihrer Existenz erblickten und nicht zögerten, sobald sie dazu in der Lage waren, dem Verteidigungsbündnis beizutreten. Heute gehören ihm 28 zumeist europäische Staaten an.

Bislang ist die NATO-Mitgliedschaft von der Ukraine nicht offiziell beantragt worden. Das hat sich nun, kürzlich erst, insofern geändert, als das ukrainische Parlament den Beschluss gefasst hat, nach einem Referendum die Mitgliedschaft zu beantragen. Die Frage, ob die Ukraine auch ein Mitglied der NATO werden wird, kommt also unweigerlich auf die NATO zu und wird von ihren Mitgliedern zu beantworten sein. In diesem Zusammenhang ist ein Gespräch aufschlussreich, das der in Deutschland zu Besuch weilende ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazenuk am 8. Januar in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ geführt hat. Darin wurde er gefragt: „Die Führung Ihres Landes strebt in die Nato. Deutsche Politiker wie Frank-Walter Steinmeier sehen das skeptisch. Was glauben Sie, warum das so ist?“ Die Antwort des Ministerpräsidenten darauf war kurz und unmissverständlich: „Der einzige Grund ist Russland.“ Worauf der Interviewer nachfragte: „Der Westen hat Angst vor Russland?“ Jazenuks Antwort lautete: „So ist es.“ – Ich bin gespannt, inwieweit und wie lange diese „Angst“ bei einigen wenigen NATO-Mitgliedern auch weiterhin noch bestehen wird. Wir werden es erleben.

Was bleibt der Ukraine anderes übrig, als in der NATO Zuflucht zu suchen? Allein, auf sich gestellt, ist sie Russland erbarmungslos ausgeliefert, steht sie auf verlorenem Posten. Genauso übrigens, wie Deutschland und Polen ohne ihre NATO-Mitgliedschaft stehen würden. Ich möchte denjenigen in Europa sehen, der den Ukrainern das verweigert, was er für sich als selbstverständlich in Anspruch nimmt! Darum,

sich dieser Frage zu stellen und sie glasklar zu beantworten, werden die Putin-Versteher und auch der deutsche Außenminister Frank-Walter Steinmeier schon bald, demnächst, nicht herkommen.

So oder so?

In der Tat, wie wir es auch mit der Ukraine halten, ob wir sie, wie die einen von uns, abschreiben oder aber, wie andere von uns, sie in der EU und der NATO willkommen heißen, wir engagieren uns. Darum kommen wir nicht umhin. Die Frage dabei ist einzig und allein, wem wir damit einen Gefallen tun: entweder Putin, bei seinem Vorhaben Großrussland wieder zu errichten, oder aber Europa, indem wir es erweitern und verteidigen. Nur dann kann werden, was sich die meisten Deutschen wünschen, dass eines möglicherweise gar nicht so fernen Tages auch Russland zur EU gehören wird – wenn es Putin überlebt. Die Ukraine-Frage ist derzeit der Test dafür.